

# Ultranet; 1. Deckblattänderung

Gutachterliche Stellungnahme zu den Umweltauswirkungen

## 1 Inhaltlicher Bezug

### 1.1 Änderungen temporärer Flächeninanspruchnahmen (Arbeitsflächen)

Im Bereich des Umspannwerkes Rheinau der Amprion (Gemarkung Mannheim) sind zusätzliche temporäre Flächeninanspruchnahmen in Form von Arbeitsflächen oder Provisoriumsflächen notwendig. Die einzelnen Flächen sind im anhängenden Plan dargestellt und werden in den folgenden Kapiteln näher beschrieben. Des Weiteren erfolgt die fachliche Bewertung:

#### 1.1.1 Umplanung der Arbeitsfläche für den Mast 7100/165A der Folgemaßnahme 10

Aufgrund eines Hinweises der unteren Naturschutzbehörde Mannheim nach dem Erörterungstermin vom 14.12.2022 wurde die Vorhabenträgerin nachträglich darüber informiert, dass ein Teil der geplanten Arbeitsfläche um Mast 165A der Anlage 7100 auf einer Ausgleichsmaßnahme für Wildbienen liegt (Gemarkung Mannheim, Flurstück 59355).

Um einen Eingriff in diese Ausgleichsmaßnahme für Wildbienen zu vermeiden, wurde der betroffene Teil der Arbeitsfläche umgeplant. Die geänderte Arbeitsfläche (im Arbeitsflächenplan „Anlage 1\_Erste Deckblattänderung\_AP05\_7601\_A20-7220\_020A\_20230605“ mit Datum vom 05.06.2023 dunkelblau dargestellt) betrifft Waldflächen (Gemarkung Mannheim, Flurstück 59353). Der Eingriff wurde mit der unteren Naturschutzbehörde Mannheim und dem zuständigen Forstrevier abgestimmt. Das Einvernehmen wurde erreicht. Zur Vermeidung eines Eingriffes in die Wildbienenausgleichsfläche wurde das Maßnahmenblatt V27 „Tabufläche Wildbienen UW Rheinau“ neu erstellt. Dieses Maßnahmenblatt ist Teil der Anlage 6 Maßnahmenblätter. Inhalt der Maßnahme V27 „Tabufläche Wildbienen UW Rheinau“ ist die Aussparung eines Teils der ursprünglichen Arbeitsfläche. Diese Tabufläche ist im Arbeitsflächenplan „Anlage 1\_Erste Deckblattänderung\_AP05\_7601\_A20-7220\_020A\_20230605“ mit Datum vom 05.06.2023 braun dargestellt. Anlage 13 enthält einen Plan, der die Tabufläche im umweltfachlichen Zusammenhang grafisch darstellt. Die Eingriffs-/Ausgleichs-Bilanzierung (siehe Anlage 7) wurde an diese Veränderungen angepasst.

## **Fachliche Bewertung**

Durch die Umplanung wird erreicht, dass Eingriffe in den FFH-Lebensraumtyp 6120 (Blauschilfgrasrasen) und 2330 (Binnendünen) vermieden werden. Des Weiteren entfällt auch die vorhabenbedingte Betroffenheit von Reptilien, vermehrt handelt es sich um die Mauereidechse und vereinzelt um die Zauneidechse.

Neue Betroffenheiten ergeben sich durch die Umplanung für einen Höhlenbaum, dem aber keine Nachweise von Höhlenbrütern, eines Fledermausquartiers oder einer Besiedlung durch Holzkäfer zugeordnet werden können. Des Weiteren tangiert die neue Arbeitsfläche randlich die Fortpflanzungsstätte eines Mäusebussards. Sollte eine unmittelbare Entnahme des Mäusebussard-Horstbaums vorhabenbedingt erforderlich werden, muss dies außerhalb der Brutzeit durchgeführt werden, damit keine Schädigung von Individuen verursacht wird. Bezogen auf den mit einer Horstbaumentnahme verbundene Zerstörung der Fortpflanzungsstätte ist zu konstatieren, dass mit dem lokalen Waldbestand hinreichend Potenzial an Brutbäumen vorhanden ist, sodass die ökologische Funktion für das betroffene Brutpaar im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt und keine Verbotsverletzung stattfindet. Zudem ist durch die Gehölzentnahme mit einer Betroffenheit von weitverbreiteten und ungefährdeten Vogelarten mit vglw. unspezifischen Habitatsprüchen zu rechnen, was bei Gehölzentnahmen außerhalb der Brutzeit nicht zu artenschutzrechtlichen Verbotsverletzungen führt.

Der durch die Umplanung entstehende Waldeingriff wird nach den Erfordernissen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und des Waldausgleichsbedarfs kompensiert.

**In der Gesamtbetrachtung ist für die Umplanung dieser Baufläche festzustellen, dass hiermit eine Verringerung negativer Vorhabenwirkungen auf Natur- und Artenschutz einhergeht und sich der Ausgleichsbedarf verringert.**

### **1.1.2 Erweiterung der Arbeitsfläche für die Masten 7220/019A (Neubau) und 5220/019 (Rückbau) (Vorhaben)**

Am Mast 7220/019A und 5220/019 (Gemarkung Mannheim, Flurstücke 59353, 59349 und 59347) ist eine Erweiterung der Arbeitsfläche notwendig, um eine Brückung auf die Anlage Bl. 4506 beschleunigt zu ermöglichen (siehe §21 NABEG Unterlagen Register 1 Erläuterungsbericht Folgemaßnahme 10). Die geänderte Arbeitsfläche ist im Arbeitsflächenplan „Anlage 1\_Erste Deckblattänderung\_AP05\_7601\_A20-7220\_020A\_20230605“ mit Datum vom 05.06.2023 dunkelblau dargestellt. Die Erweiterung der Arbeitsfläche für die Brückung erlaubt ein Vorziehen des Rückbaus der Anlage 5220 und somit des Neubaus der Anlage 7220. Im Gegensatz zur ursprünglichen Planung wird die Brückung auf die Bl. 4506 über den Mast 7100/165A erst zu einem späteren Zeitpunkt im Bauablauf erfolgen. Der kritische Pfad des Bauablaufs kann durch diese zusätzliche Brückung wesentlich beschleunigt werden. Auf diese Weise kann mit der Errichtung der Anlage 7220 bis zu einem Jahr früher begonnen werden. Die erweiterte Arbeitsfläche betrifft Waldflächen. Der Eingriff wurde mit der unteren Naturschutzbehörde Mannheim und dem zuständigen Forstrevier abgestimmt. Das Einvernehmen wurde erreicht. Die Eingriffs-/Ausgleichs -Bilanzierung (siehe Anlage 7) wurde an diese Veränderungen angepasst.

### **Fachliche Bewertung**

Durch die Umplanung werden an den Mast 7220/019A und 5220/019 Gehölzbestände entnommen, innerhalb derer Höhlenbäume stocken, denen aber keine Nachweise von Höhlenbrütern, Fledermausquartieren oder eine Besiedlung durch Holzkäfer zugeordnet werden können. Des Weiteren ist durch die Gehölzentnahme mit einer Betroffenheit von weitverbreiteten und ungefährdeten Vogelarten mit vglw. unspezifischen Habitatsprüchen zu rechnen, was bei Gehölzentnahmen außerhalb der Brutzeit nicht zu artenschutzrechtlichen Verbotverletzungen führt.

Der durch die Umplanung entstehende Waldeingriff wird nach den Erfordernissen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und des Waldausgleichsbedarfs kompensiert.

**In der Gesamtbetrachtung ist für die Umplanung dieser Baufläche festzustellen, dass hiermit zwar eine zusätzliche Vorhabenwirkung auf den Natur- und Artenschutz einhergeht, diese aber zu keinen unvermeidbaren Artenschutzkonflikten bzw. zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen führt und der entstehende Waldeingriff nach den Erfordernissen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und des Waldausgleichsbedarfs berücksichtigt wird.**

#### **1.1.3 Zusätzliche Provisoriumsfläche für Provisorium 7**

Für die provisorische Verbindung der Anlagen 5100 und 1300 ist östlich des Umspannwerkes Rheinau (Netze BW) eine zusätzliche Provisoriumsfläche notwendig (Gemarkung Mannheim, Flurstück 59397). Diese Fläche wird benötigt, um im Rahmen des Provisoriums 7 (siehe dazu §21 NABEG Unterlagen Register 1 Erläuterungsbericht) eine temporäre Steigleitung zwischen den Leiterseilen der o.g. Anlagen herzustellen. Dafür wird voraussichtlich ein Hubsteiger zum Einbau und später zum Ausbau zum Einsatz kommen. Der Einbau der Steigleitung erlaubt den Abbau von Abhängigkeiten von Schaltungsfenstern. Die zusätzliche Provisoriumsfläche (im Arbeitsflächenplan „Anlage 1\_Erste Deckblattänderung\_AP05\_7601\_A20-7220\_020A\_20230605“ mit Datum vom 05.06.2023 dunkelblau dargestellt) betrifft eine Ackerfläche. Die Eingriffs-/Ausgleichs-Bilanzierung (siehe Anlage 7) wurde an diese Veränderungen angepasst.

### **Fachliche Bewertung**

Mit der für die Umplanung erforderlichen zusätzlichen Beanspruchung dieser Arbeitsfläche verbinden sich keine Artenschutzkonflikte. Auf der Fläche sowie deren näherem Umfeld wurden keine Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten nachgewiesen, so dass diesbezüglich auch kein Maßnahmenbedarf besteht.

Der durch die Umplanung entstehende Eingriff wird nach den Erfordernissen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung behandelt.

**In der Gesamtbetrachtung ist für die Umplanung dieser Baufläche festzustellen, dass hiermit zwar eine zusätzliche Vorhabenwirkung auf den Naturschutz einhergeht, diese aber im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung kompensiert wird.**

#### **1.1.4 Zusätzliche Provisoriumsfläche für Provisorium 2**

Zwischen den Spannungsfeldern 4505/270 -271 und 2327/348 – 350 muss eine temporäre Verbrückung zur Aufrechterhaltung der Stromkreise der Anlage 2327 während deren Umbau installiert werden. Da der Mast 4505/271 bereits im Zusammenhang mit einem anderen Vorhaben zurückgebaut und durch ein temporäres Provisorium ersetzt wurde, muss die ursprüngliche Planung angepasst werden. Es ist eine Erweiterung der Provisoriumsfläche notwendig (Gemarkung Mannheim, Flurstücke 59356/1 und 59356; im Arbeitsflächenplan „Anlage 1\_Erste Deckblattänderung\_AP05\_7601\_A20-7220\_020A\_20230605“ mit Datum vom 05.06.2023 dunkelblau dargestellt). Die Eingriffs-/Ausgleichs -Bilanzierung (siehe Anlage 7) wurde an diese Veränderungen angepasst.

#### **Fachliche Bewertung**

Die Erweiterung der Provisoriumsfläche erfolgt innerhalb einer Gewerbefläche, wofür weitgehend vegetationsfreie Lager- und Verkehrsflächen beansprucht werden. Nachweise zu Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten liegen für unmittelbar angrenzende Flächen vor. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Mauereidechsen. Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotverletzungen wäre diese zusätzliche Provisoriumsfläche gegenüber den Eidechsenhabitaten mittels Reptilienschutzzaun abzugrenzen, um Tötungen ggf. einwandernder Tiere zu vermeiden. Betroffenheiten weiterer Arten können mangels Nachweisen und Flächeneignung ausgeschlossen werden.

Der durch die Umplanung entstehende Eingriff wird nach den Erfordernissen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung behandelt.

**In der Gesamtbetrachtung ist für die Erweiterung dieser Provisoriumsfläche festzustellen, dass hiermit zwar eine zusätzliche Vorhabenwirkung auf den Naturschutz einhergeht, diese aber im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung berücksichtigt werden.**

### **1.2 Baumhöhlenverschluss / Maßnahme Baumhöhlen in Stördistanz**

Im Zuge dieser 1. Deckblattänderung wird in Anlage 6 Maßnahmenblätter die Teilmaßnahme „Reversibel zu verschließende Baumhöhlen (Fledermäuse) im 50 m Umkreis“ der Maßnahme V<sub>CEF</sub> 10.1: Vermeidung der Beeinträchtigung baumhöhlenbewohnender Arten gestrichen.

Die Maßnahme V<sub>CEF</sub> 10.1: Vermeidung der Beeinträchtigung baumhöhlenbewohnender Arten besteht aus zwei Komponenten: 1.) dem Verschluss der zu entnehmenden Gehölze und Quartierstrukturen und 2.) dem bauzeitlichen Verschluss aller Höhlenbäume im 50m-Umkreis um den Eingriffsbereich.

#### **Fachliche Bewertung**

Der zweite Teil der Maßnahme ist als verzichtbar zu betrachten, während der erste Teil angemessen und erforderlich ist.

Der zweite Teil (Baumhöhlenverschluss) der Maßnahme dient der Vermeidung einer Verwirklichung des Störungsverbotes. Damit das Störungsverbot verwirklicht wird, muss vorhabenbedingt

eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population einer Art eintreten. Die hierfür erforderliche Wirkintensität ist im Zusammenhang einer vergleichsweise kurzen Bauzeit und Kleinräumigkeit der Maßnahmen nicht zu erwarten. Dabei ist auch zu beachten, dass die 117 betroffenen Bäume und potenziellen Lebensstätten nicht gleichzeitig, sondern dem Baufortschritt entsprechend sukzessive betroffen sind. Des Weiteren ist nicht davon auszugehen, dass höhlenbewohnende Arten bei 50m entfernter temporärer Bautätigkeit in populationsgefährdender Weise beeinträchtigt werden. Unter diesen Aspekten wird der Verschluss von Baumhöhlen im 50m-Umfeld um die Eingriffsbereiche als verzichtbar betrachtet.

## 2 Fazit

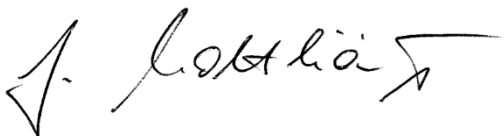
Die sich mit der Umplanung verbindenden Vorhabenwirkungen führen z.T. zur Verringerung von Eingriffen in hochwertige und hochgradig geschützte FFH-Lebensraumtypen sowie zu zusätzlichen Betroffenheiten von artenschutzrechtlich relevanten Arten, die durch einfache Vermeidungsmaßnahmen (Beschränkung von Rodungszeiten und Installation von Reptilienschutzzäune) vermieden werden können.

Bezüglich des Baumhöhlenverschlusses führt eine differenzierte Betrachtung der Einzelkomponenten der ursprünglichen Maßnahmen dazu, dass die Komponente des bauzeitlichen Verschlusses alle Höhlenbäume im 50m-Umkreis um den Eingriffsbereich als verzichtbar deklariert wird und entfallen kann.

Wirkungen, die in ihrer Schwere das Maß erheblicher Beeinträchtigungen verursachen würden, ergeben sich im Zusammenhang mit der Umplanung nicht.

Anlage: Plandarstellung zu Artenvorkommen, FFH-Lebensraumtypen und Flächenbeanspruchungen

Stuttgart, 07.06.2023



Dr. Gunther Matthäus